GS-01-049

Gerechtigkeit im Sinn

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Frankfurt am Main
Beschlussdatum:	03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-01

Von Zeile 48 bis 49 einfügen:
Souveränität über ihre eigene Zeit geben, damit sie Beruf, Familie und Engagement besser miteinander verbinden können.

Wir wollen Ehrenämter fördern und ungerechte Hindernisse abbauen. Dazu gehört, dass die komplette Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Rentenleistungen oder dem Arbeitslosengeld aufgehoben wird.

Begründung

Es kann nicht sein, dass engagierte Bürger*innen Ehrenämter nicht antreten können, weil durch die Anrechnung der Aufwandsentschädigung teilweise sogar weniger Rente oder ALG II nach der Ehrenamtsannahme ausgezahlt werden.

Aufwandsentschädigung sollen zusätzliche Belastungen durch das Ehrenamt ausgleichen und dürfen nicht mehr als Einkommen angerechnet werden.